

TOP 6

Gremium	Termin	Status
Sozialausschuss	29.09.2022	öffentlich

Antrag Stadtratsfraktion DIE LINKEN

Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE: Drohender Energiearmut entgegenwirken

Vorlage Nr.: 20225625

ANTRAG

 **Linksfraktion Ludwigshafen**

Heinigstr. 25 a

67061 Ludwigshafen

Dr. Liborio Ciccarello

Fraktionsvorsitzender

Friederike Rüd

bürgerschaftliches Mitglied im Sozialausschuss

info@linksfraktion-ludwigshafen.de

Ludwigshafen, den 10. September 2022

Antrag zur Sitzung des Sozialausschusses am 29.09.2022

Drohende Energiearmut entgegenwirken

Sehr geehrte Frau Dezernentin Steeg,

zur Sitzung des Sozialausschusses am 29. September 2022 stellen wir folgenden Antrag und eine Anfrage im Anschluss.

Begründung des Antrags

Die Energiepreise steigen rasant. Man rechnet damit, dass einer 4-köpfige Familie im nächsten Jahr Mehrkosten für Energie von 4 – 5000 Euro entstehen werden. Die Gaspreise sollen bis auf das Sechsfache steigen.

Es droht eine bis in die Mittelschichten hineingreifende Energiearmut, generell eine Zunahme der Armut, der Verschuldung, des drohenden Verlusts der Wohnung. Studien zufolge gehören zu den grundlegenden Faktoren, deren Wechselwirkung zu Energiearmut führen : ein geringes Haushaltseinkommen, hohe Energiepreise und eine geringe Energieeffizienz (Gebäude und Geräte).

Schon vor zwei Monaten stellte das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) fest – und da standen noch zahlreiche Erhöhungen aus: „Gut 25 Prozent der Deutschen gaben im Mai 2022 mehr als zehn Prozent ihres Nettoeinkommens für Energie aus. Dazu gehören Ausgaben für Heizen, Warmwasser und Strom. Gibt eine Person mehr als zehn Prozent ihres Nettoeinkommens für Energie aus, gilt sie als „energiearm“. Eine von Energiearmut bedrohte Person muss dieses Jahr voraussichtlich knapp 2.500 Euro für Haushaltsenergie ausgeben. Tatsächlich lässt sich auch in der unteren Mittelschicht beobachten, dass der Anteil der sogenannten energiearmen Personen ansteigt. Im Mai 2022 verdoppelte sich der Anteil der von Energiearmut gefährdeten Personen in dieser Einkommensklasse auf knapp 41 Prozent. (...) . Bei „der Grundsicherungsempfängern werden Heiz- und Warmwasserkosten erstattet, hier kommt es daher vorrangig auf eine zeitnahe Kostenübernahme und Anpassung der Regelsätze an die höheren Stromkosten an. (laut Institut der Deutschen Wirtschaft, PM 3.7.2022)

Von den Wohngeld-Haushalten sind fast 73 Prozent energiearm; Geringverdiener-Haushalte, deren Einkommen knapp oberhalb der Grenze zur Mindestsicherung liegt, fallen ganz durch das soziale Netz und sind jetzt besonders gefährdet. (Christoph Strünck: Energiearmut bekämpfen – Instrumente, Maßnahmen und Erfolge in Europa, Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2017)

Bekanntlich gibt es in Ludwigshafen viele Niedriglohnbezieher in prekärer sozialen Lage. Sie können die durch die Inflation angestiegenen Kosten des täglichen Bedarfs und die Miete kaum noch bezahlen. Daran werden auch die Entlastungspakete des Bundes nicht grundsätzlich etwas ändern. Sie sind der sprichwörtliche „Tropfen auf den heißen Stein“.

*Energie ist ein Basisgut, auf das Menschen existentiell angewiesen sind. Fehlende Energie bedroht u.a. die Gesundheit gravierend. **Deshalb erfordert das Problem Energiearmut***

eine Antwort der Politik auf allen Ebenen, in diesem Falle des Stadtrats.

Wir regen daher an, dass seitens der Kommune geprüft wird, welche Maßnahmen möglich sind, mit Energiearmut umzugehen, Stromsperrern und Verschuldungen zu vermeiden – und auch Räumungsklagen zu verhindern.

Wir schlagen folgendes vor:

1. *Die Verwaltung prüft die Einrichtung eines Notfallfonds. Damit sollen z. B. Zuschüsse bei hohen Energienachzahlungen gewährt werden.
Es werden öffentliche Aufrufe gestartet ähnlich der Aktion Nothilfe der Rheinpfalz an Weihnachten. Zusätzlich werden potente Spender in Industrie und Wirtschaft direkt angesprochen sowie per Aufruf diejenigen in der erwerbstätigen Stadtbevölkerung, die auf die 300 Euro Nothilfe des Bundes verzichten können, - davon gibt es bestimmt etliche.
Die Verwaltung prüft weitere Möglichkeiten wie z.B. Zuschüsse des Landes u.a.m., um den Notfallfonds zu füllen.
Die potentielle Empfänger der Gelder aus dem Notfallfonds könnten über Sozialbehörden, Schulen, Kitas, Jobcenter, über karitativen Verbänden, über Kirchen etc. erreicht werden.*
2. *Aufgrund der prekären Lage vieler Menschen in Ludwigshafen, klärt die Stadtverwaltung mit den Energieversorgern vor Ort, im kommenden Winter **keine Stromsperrern zu verhängen.***
3. *Sollten die Stromsperrern nicht gänzlich ausgesetzt werden, ist es notwendig, dass einerseits die Versorger oder die Stadt selber in einer Informationskampagne, vor allem in Stadtteilen, wo viele vulnerable Haushalte leben, die Menschen informieren, welche Möglichkeiten es gibt, eine Sperre zu verhindern und welche Rechte die Kunden bei ggf. bevorstehenden Sperrern haben – Merkblätter in den hier in LU relevanten Fremdsprachen müssen ausgegeben werden. Es ist notwendig, vor einer drohenden Stromsperre verpflichtend zu beraten und ggf. zwischen Haushalten und Versorgern zu vermitteln.*
4. *Dringend erforderlich ist eine Personalaufstockung in der Schuldnerberatung. Die aktuell langen Wartezeiten sind in der derzeitigen Situation nicht akzeptabel und führen zu oft vermeidbaren Härten und finanziellen Notlagen.*
5. *Die Stadt prüft die Möglichkeit der Einrichtung einer Beratungsstelle, ggf. im Zusammenhang mit der Schuldnerberatungsstelle für Personen /Familien, die von*

*Energiearmut betroffenen sind, um Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie ihre Energiekosten reduzieren können, und ggf. aus dem Notfallfonds Hilfe leisten, um energiesparende Gerätschaften anzuschaffen.
Das Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“ zeigte, dass in 86 % der Beratungsfälle angekündigte Stromsperrern vermieden werden konnten.*

Mit freundlichen Grüßen



Liborio Ciccarello

Friederike Rüd

Fraktionsvorsitzender

bürgerschaftliches Mitglied im Sozialausschusses